

Executive Summary: Positionspapier Politische Medienbildung

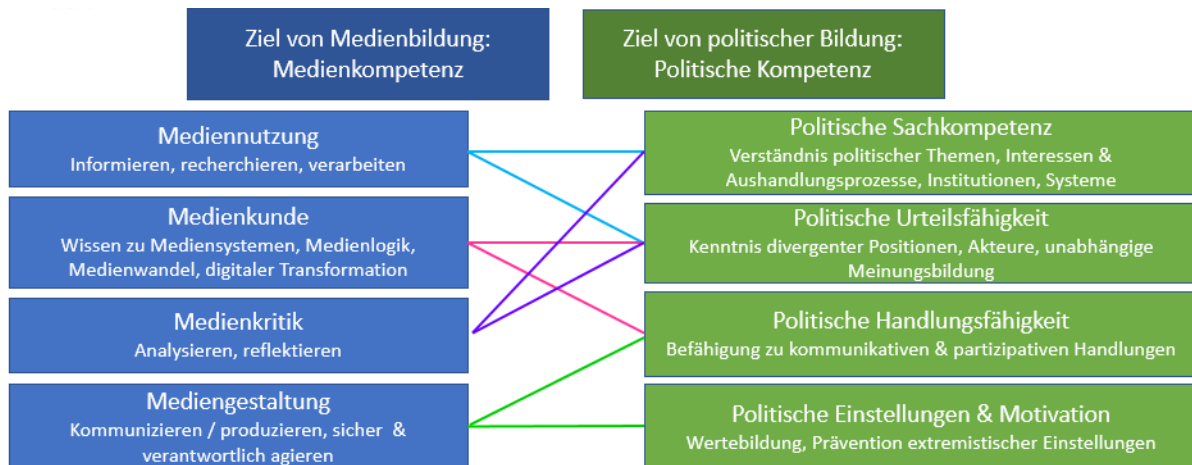
April 2022

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch, der durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche getrieben wird. Die Veränderungen sind dabei keine festgeschriebenen Entwicklungen, sondern gesellschaftlich und politisch gestaltbar. In der derzeitigen gesellschaftlichen Transformation kommt den Zentralen der politischen Bildung eine besondere Rolle zu: Sie können Orientierung bieten sowie die Menschen für die veränderten Bedingungen politischer Informiertheit, Meinungsbildung und Beteiligung in einer diversen und digitalisierten Gesellschaft sensibilisieren und handlungsfähig machen. Das übergeordnete Ziel staatlich verfasster politischer Bildungsarbeit bleibt dabei auch unter digitalen Vorzeichen gültig: die Menschen in Deutschland dabei zu unterstützen, als politisch mündige Mitglieder der Gesellschaft aktiv zu partizipieren. Allerdings muss dieses Ziel im Angesicht der digitalen Transformation erweitert werden. Als Voraussetzung für politische Mündigkeit im digitalen Zeitalter ist Medienkompetenz für die Informationssuche, die eigenständige Meinungsbildung und für die politische wie gesellschaftliche Beteiligung eine **Schlüsselkompetenz** (z. B. BMFSFJ 2020: 10; Rat der Europäischen Union 2020; KMK 2012: 4f.).

Die Zentralen der politischen Bildung arbeiten daran, eine politische Medienbildung zu etablieren, welche die Reflexion von technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der Digitalisierung, den selbstbestimmten Umgang mit Daten sowie die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder umfasst. Medienkompetenz bildet nicht lediglich die Voraussetzung für politische Bildung; vielmehr bedarf es einer spezifisch **politischen Medienbildung**, die den souveränen Umgang mit etablierten journalistischen und neuen Medienwelten als integralen Bestandteil politischer Beteiligung der Menschen in diesem Land versteht. Dieses Feld ist als lebenslange Bildungsaufgabe zu begreifen. Deshalb gilt es, politische Medienbildung auf der Basis der (z. T. unterschiedlichen) gesetzlichen Aufträge der Zentralen zielgruppenspezifisch auszurichten, als Bildung für verschiedene Altersgruppen (z. B. Kinder, Jugendliche, Erwachsene) und für verschiedene soziale Gruppen (z. B. Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Diskriminierungserfahrungen, Schülerinnen und Schüler).

Das Positionspapier arbeitet drei Aspekte heraus:

- (1) Eine rein medienpädagogisch ausgerichtete Medienbildung ist für politische Bildungsziele nicht ausreichend, sondern bedarf einer spezifisch **politischen Bildungsperspektive** auf den Medienwandel und die Digitalisierung. Nur durch eine differenzierte Sicht auf die spezifischen Leistungen und Ziele von Medienpädagogik und politischer Bildung können qualitativ hochwertige Angebote entstehen, die das Beste aus beiden Bildungsfeldern produktiv miteinander verbinden.
- (2) Diese Perspektiverweiterung wird möglich, indem man politische Kompetenzen und Medienkompetenzen miteinander verknüpft und **politische Medienkompetenz** als Grundlage für die politische Mündigkeit und Teilhabe der Menschen im digitalen Zeitalter begreift, bei der die Sachkompetenz sowie die Urteils- und Handlungsfähigkeit im Mittelpunkt stehen (Abbildung 1). Für jede dieser Dimensionen benennt das Positionspapier konkrete Aufgaben politischer Medienbildung.
- (3) Auf dieser Basis formulieren die Zentralen für politische Bildung Forderungen für eine zeitgemäße politische Medienbildung.

Abbildung 1: Verknüpfung von Medienkompetenz und politischer Kompetenz

eigene Darstellung auf der Basis von Martens & Hobbs (2015), Groll (2018)

Forderungen für eine zeitgemäße politische Medienbildung

Die Arbeit der Zentralen für politische Bildung in Deutschland steht mit ihrem Selbstverständnis und ihren Zielen der politischen Mündigkeit sowie ihrem klaren Bezug zu demokratischen Grundrechten und Menschenrechtsnormen für ein freiheitliches, auf gleichen Rechten und Chancen gründendes Politikverständnis. Für die unmittelbare Praxis der politischen Medienbildung ergeben sich aus der Analyse eine Reihe von konkreten Verbesserungspotentialen, die in den folgenden Forderungen kulminieren:

- 1) **Bessere Ausstattung für politische Medienbildung:** Politische Medienbildung braucht zusätzliche Ressourcen. Etablierte Träger wie die Zentralen politischer Bildung und ihre Partner können mit Fachlichkeit, Methodenvielfalt und Erfahrung Experimentierräume politischer Medienbildung einrichten, Fachwissen bündeln sowie Netzwerke aufbauen und so die Bildungsarbeit weiterentwickeln und modernisieren.
- 2) **Politische Bildung und Medienbildung – Ein kritisch-konstruktiver Blick nach vorne:** Die gemeinsamen Potentiale einer politischen Medienbildung gilt es weiterzuentwickeln und Allianzen aufzubauen. Insbesondere für einen kritisch-konstruktiven Umgang mit der Digitalisierung ist eine enge Zusammenarbeit unerlässlich. Der Fokus auf das Politische in der politischen Medienbildung ist zentral. Dabei gilt es sowohl legislative Prozesse, als auch gesellschaftliche Aushandlungen zu thematisieren.
- 3) **Alle ansprechen – Niemanden zurücklassen:** Digitalisierung als gesellschaftlicher Umbruch betrifft alle Bevölkerungsgruppen. Daher sollten die Angebote der politischen Medienbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens alle Menschen zielgruppengerecht ansprechen. Dabei sollte diversitätssensibel auf den Abbau von Barrieren innerhalb der politischen Medienbildung geachtet und auch Angebote für erwachsene Zielgruppen ausgebaut werden.
- 4) **Wissenschaftsorientierung:** Allgemein verkennt der starke Bezug auf die Risiken digitaler Medien oft deren Partizipationschancen. Dies mag auch daran liegen, dass die Bildungsprojekte selbst in die Aufmerksamkeitsökonomie eingebettet sind, die sie thematisieren. Daher darf die staatliche Förderung von Angeboten politischer Medienbildung nicht diesen Mechanismen verfallen.

Vielmehr müssen politische Bildungsangebote die Ambivalenz von Medienwandel und Digitalisierung herausarbeiten und sowohl Chancen als auch Risiken thematisieren.

- 5) **Handlungsorientierung – Der digitale Weg nach Europa:** Gerade im Bereich der Europabildung und der globalen Bildung sind die Chancen digitaler Formate noch längst nicht ausgeschöpft. Virtuelle Formate könnten Menschen innerhalb von ganz Europa und darüber hinaus verbinden und damit die geographische Distanz minimieren. Länderübergreifende Formate sind jedoch kostspielig und bedürfen eines hohen Koordinationsaufwands, daher sollten in diesem Bereich Stellen geschaffen werden, um das Potential digitaler Formate dauerhaft zu heben.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020). *16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter*. Online: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238> (abgerufen am 28.7.2021)
- Groll, T. (2018). Mediatisierung und Medienkompetenz. Aufgabenfelder für die politische Bildung. In: Kalina, A.; Krotz, F.; Rath, M. & Roth-Ebner, C. (Hrsg.). *Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel*. (Mediatisierte Gesellschaften 12, Bd. 1), (S. 209 – 224). Baden-Baden: Nomos Verlag; Tutzing: Akademie für politische Bildung.
- Kultusministerkonferenz (KMK) (2012). *Medienbildung in der Schule* (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.03.2012), Berlin. Online: https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_03_08_Medienbildung.pdf (abgerufen am 27.7.2021)
- Martens, H. & Hobbs, R. (2015). How Media Literacy Supports Civic Engagement in a Digital Age. *Atlantic Journal of Communication* 23. 10.1080/15456870.2014.961636.
- Rat der Europäischen Union (2020). *Schlussfolgerungen des Rates zur Medienkompetenz in einer sich ständig wandelnden Welt* (2020/C 193/06). Online: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XG0609\(04\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020XG0609(04)&from=EN) (abgerufen am 02.08.2021)